



Entwicklungspolitik in der 20. Legislaturperiode

- Die Halbzeitbilanz des BMZ -

Zu Beginn der Legislaturperiode schien es noch undenkbar, dass ein Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft die Arbeit der neuen Bundesregierung in hohem Maße bestimmen würde. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine **Zeitenwende**. Auch der von der Bundesregierung auf das Schärfste verurteilte Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 stellt die Bundesregierung vor große Herausforderungen. Dies hat auch direkte Auswirkungen auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig sind die Folgen von Covid-19-Pandemie und Klimawandel sehr präsent und betreffen die ganze Welt, ganz besonders aber den Globalen Süden. Das **ernüchternde Zwischenfazit der Agenda 2030** zeigt, dass es noch großer Kraftanstrengungen der Weltgemeinschaft bedarf, alle 17 Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Eine entschlossene und glaubwürdige Entwicklungspolitik ist in diesen Zeiten wichtiger denn je. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**BMZ**) arbeitet stetig daran, **den weltweiten Krisenmodus zu überwinden und einen Beitrag zu einer global gerechten und nachhaltigen Entwicklung zu leisten**. Unsere Entwicklungspolitik kann im Katastrophen- und Konfliktfall schnell und flexibel reagieren, wirkt aber vor allem vorbeugend und strukturell. Dabei setzen wir neben vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern und substantiellem zivilgesellschaftlichen Engagement insbesondere auch auf multilaterale Lösungen.

EIN BLICK AUF UNSERE PARTNER:

Unterstützung und Perspektiven für die Menschen in der Ukraine

Als Antwort auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das BMZ **unmittelbar nach Beginn der Invasion ein Sofortprogramm aufgesetzt**. Zu dessen Schwerpunkten gehörten die Schaffung von Wohnraum für Binnenvertriebene, die Unterstützung von Kommunen und des Katastrophenschutzes sowie die Bereitstellung von medizinischem Material. Das BMZ trägt so dazu bei, die Auswirkungen des Krieges für die Bevölkerung abzumildern und die Grundversorgung der Bevölkerung (u. a. Wasser-, Gesundheits-, Wärme- und Energieversorgung) zu sichern.

Das BMZ finanziert die Reparatur von zerstörter Infrastruktur und plant bereits gemeinsam mit den ukrainischen Partnern den **Wiederaufbau einer modernen, europäisch ausgerichteten Ukraine**. Dabei werden alle Akteure eingebunden: Das BMZ hat eine nationale Plattform Wiederaufbau Ukraine ins Leben gerufen, um Informationen für Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kommunen bereitzustellen, sie zu vernetzen und gemeinsame Initiativen voran zu bringen. BMZ-Staatssekretär Jochen Flasbarth ist Deutschlands Vertreter in der internationalen Geberkoordinierungsplattform, um die Unterstützung aus EU und G7 eng mit den ukrainischen Partnern abzustimmen. Im Juni 2024 wird die Bundesregierung die Ukraine Recovery Conference in Berlin ausrichten.

Insgesamt konnten bereits mehr als **180 Städtepartnerschaften** zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen geschlossen werden. Darüber hinaus wurden **16 Betreiberpartnerschaften** zwischen deutschen und ukrainischen Energieversorgern und Wasserwerken unterstützt, um die Versorgung der Menschen vor Ort zu sichern. Über **Klinikpartnerschaften** vernetzen sich über 20 Institutionen des ukrainischen sowie fünf Institutionen des deutschen Gesundheitswesens in den Bereichen psychische Gesundheit, Traumatologie und Notfallmedizin.

Das BMZ hat sein Engagement auch in den **Anrainerstaaten** der Ukraine verstärkt, zumal diese eine Hauptlast der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine tragen. Das BMZ hat insbesondere die Hilfen für die Republik **Moldau** um ein Drittel gesteigert.

Eine zeitgemäße Afrika-Strategie mit partnerschaftlichem Ansatz

Im Januar 2023 hat das BMZ seine neue Afrika-Strategie „Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten“ vorgestellt. Ziel der Strategie ist es, die **Zusammenarbeit mit den Partnern aus Afrika** zeitgemäß neu auszurichten. Mit einem **partnerschaftlichen Ansatz** unterstützt das BMZ afrikanische Initiativen und Institutionen. So fördert das BMZ zum Beispiel den Aufbau der Afrikanische Freihandelszone (AfCFTA), die nach Prognosen der Weltbank den innerafrikanischen Handel bis 2035 um 81 Prozent steigern sowie größere Märkte und den Aufbau lokaler Industrien befördern kann. So tragen wir dazu bei, dass die dringend benötigten Jobs für die wachsende junge Bevölkerung entstehen können.

Im Sinne dieses partnerschaftlichen Ansatzes hat Entwicklungsministerin Svenja Schulze am 10. Juli 2023 die **Präsidentschaft der Sahel-Allianz** – einem Bündnis aus 18 Staaten und internationalen Organisationen, die ihr Engagement eng miteinander abstimmen – übernommen. Die Lage in der Sahel-Region ist äußerst herausfordernd: Laut Vereinten Nationen gilt sie als „Epizentrum für gewalttätigen islamistischen Terrorismus“. Hinzu kommen Militärputsche wie im Juli 2023 in Niger, schwache staatliche Strukturen und die drastischen Folgen des Klimawandels, die bestehende Konflikte um Ressourcen wie Wasser, Land und Nahrung noch verschärfen. Die Krisenursachen im Sahel anzugehen ist auch für die europäische Sicherheit von Bedeutung.

Die Übernahme der Präsidentschaft der Sahel-Allianz zeigt, dass Deutschland trotz des Abzugs der Bundeswehr aus Mali im Sahel präsent bleibt. Die Präsidentschaft hat **drei Schwerpunkte**: (1) Unterstützung für junge Menschen durch Programme für mehr Bildung, Ausbildung und Beschäftigung, (2) Ausbau sozialer Sicherungsmaßnahmen und Ernährungssicherung, sowie (3) Stärkung kommunaler Strukturen, um die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu verbessern. Als Präsidentin der Sahel-Allianz hat Svenja Schulze nach dem **Putsch in Niger** bei der ECOWAS für eine friedliche Verhandlungslösung geworben. Die bilateral-staatliche Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Niger wurde in Folge des Putsches suspendiert.

Die grenzüberschreitenden Aktivitäten extremistischer und krimineller Gruppen setzen zunehmend auch Sahel-Anrainerstaaten unter Druck, etwa Senegal, Côte d’Ivoire, Ghana, Togo und Benin. Mit der **Sahel-Plus-Initiative** des BMZ werden daher **auch die westafrikanischen Küstenländer** stärker in den Blick genommen – zum Beispiel bei der Schaffung von Jobs und Ausbildungsplätzen für die junge Bevölkerung.

Neuer Schwung für die Zusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik

Für die Lösung globaler Herausforderungen wie den Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität sind die Staaten Lateinamerikas und der Karibik zentral. Darüber hinaus gibt es enorme wirtschaftliche Potentiale der Region, aber auch soziale Ungleichheiten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Im Juli 2023 stellte Entwicklungsministerin Svenja Schulze das neue BMZ-Papier „**Perspektiven mit Lateinamerika und der Karibik – gemeinsam für ökologischen Wandel und soziale Gerechtigkeit**“ vor. Das Papier dient als Richtschnur für die künftige Zusammenarbeit mit der Region. Im Fokus stehen die folgenden drei Schwerpunkte: (1) Just Transition, (2) gute Regierungsführung, Frieden und Demokratie, und (3) feministische Entwicklungspolitik.

Sowohl die Region als auch Deutschland sind an einer vertieften Zusammenarbeit interessiert. Dieses Momentum gilt es zu nutzen. So unterstützt das BMZ zum Beispiel Brasilien, als zentralen **Partner für eine Just**

Transition, innerhalb der neuen „brasilianisch-deutschen Partnerschaft für eine sozial gerechte und ökologische Transformation“.

Deutschland lässt die afghanische Bevölkerung in Afghanistan nicht allein

Während die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 beendet ist, **unterstützt das BMZ die notleidende afghanische Bevölkerung weiterhin**, u.a. bei der Basisversorgung wie der gesundheitlichen Versorgung von Kindern, um zur Linderung der humanitären Notlage beizutragen. Die Umsetzung erfolgt über die Weltbank, über die Vereinten Nationen und über Nichtregierungsorganisationen.

Das von den Taliban im Dezember 2022 verhängte Beschäftigungsverbot für weibliches Personal von Nichtregierungsorganisationen war und ist inakzeptabel. Der **Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen** ist zentrale Säule des BMZ Engagements. Nur wenn Frauen in den vom BMZ finanzierten Programmen mitarbeiten und Frauen durch diese Programme erreicht werden können, werden Programme weiter finanziert.

Einzelpersonen, die durch eine vorangegangene Tätigkeit für die Politik der Bundesregierung besonders gefährdet wurden, hat die Bundesregierung mit ihren Familien über das sog. „**Ortskräfteverfahren Afghanistan**“ (OKV) aufgenommen, allein aus der Entwicklungszusammenarbeit mehr als 15.000 Menschen.

Das BMZ arbeitet auf keiner Ebene mit den Taliban zusammen. Die Unterstützung unmittelbar für die Bevölkerung hängt in hohem Maße davon ab, dass Vertreter von Durchführungs- und Hilfsorganisationen sicher sind. Die Sicherheits-Situation wird von der Bundesregierung fortlaufend bewertet.

Anpassung der BMZ-Länderliste

Der Koalitionsvertrag sieht eine Überprüfung der Liste an Ländern vor, mit denen das BMZ bilateral staatlich kooperiert. Diese Überprüfung ist Mitte 2022 erfolgt. Die **Liste der BMZ-Partnerländer** wurde **von 61 auf 65** Partnerländer leicht erweitert: Die Zusammenarbeit mit Armenien, Bolivien, Laos, Nepal und der Mongolei ist wieder aufgenommen worden, während die bilaterale Zusammenarbeit Deutschlands mit der Zentralafrikanischen Republik verantwortungsvoll ausläuft. In die Entscheidung sind verschiedene Kriterien eingeflossen, u.a. die Stärkung von Reformorientierung und Demokratie, aktuelle globale Herausforderungen und die Berücksichtigung von am wenigsten entwickelten Ländern.

Verstärkter multilateraler Ansatz und Reform der Weltbank

Im September 2023 hat Entwicklungsministerin Svenja Schulze die **neue multilaterale Strategie des BMZ** vorgestellt. Die Strategie steht unter dem Leitmotiv "soziale Gerechtigkeit weltweit". Ziel ist ein multilaterales System mit starken und funktionsfähigen Institutionen auf der Basis gemeinsamer Regeln. Im Sinne des stärkeren multilateralen Ansatzes engagiert sich das BMZ beispielsweise mit substanziellen Beiträgen für den Bildungsfonds „Education Cannot Wait“ (ECW) und der „Global Partnership for Education“ (GPE).

Gemeinsam mit US-Finanzministerin Janet Yellen hat Bundesministerin Schulze eine **Reform der Weltbankgruppe** angestoßen, damit diese in Einklang mit ihrem Fokus auf Armutsbekämpfung eine stärkere Rolle bei zunehmend grenzüberschreitenden Herausforderungen spielt und eine Führungsrolle für langfristigen Klimaschutz, den Erhalt biologischer Vielfalt, Frieden und Sicherheit sowie Pandemievorsorge einnimmt. Im 21. Jahrhundert kann Armut nur erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden. Entsprechend haben die Anteilseigner der Weltbank im Oktober 2023 in Marrakesch den Auftrag der Entwicklungsbank erweitert, das neue Leitbild lautet „Armutsbekämpfung auf einem lebenswerten Planeten“.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

Das BMZ hat die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) vor Ort in den Partnerländern ausgeweitet. Viele Vorhaben werden gemeinsam mit der EU und EU-Mitgliedsstaaten finanziert – so bündeln wir Know-How und Finanzmittel (**Team Europe Initiativen, TEI**). Ein Beispiel ist die TEI zum Aufbau regionaler Impfstoffproduktion in Afrika.

Darüber hinaus unterstützt das BMZ die „**Global Gateway**“-Initiative der EU-Kommission, über die zwischen 2021 und 2027 rund 300 Milliarden Euro für Investitionen in die Entwicklung von Infrastruktur mobilisiert werden sollen. Auf diese Weise wird zum Beispiel in die Produktion von grünem Wasserstoff in Namibia investiert.

Das BMZ hat zudem seine hauseigenen Verfahren und Prozesse sowie die der Durchführungsorganisationen (insbesondere GIZ und KfW) durchleuchtet und entsprechende Weichen gestellt, um ein **stärker gemeinschaftlich-europäisches Handeln** in der Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen.

EIN BLICK AUF UNSERE SCHWERPUNKTTHEMEN:

Kampf gegen Hunger, Armut und Ungleichheit

Die Reduzierung von Hunger, Armut und Ungleichheit bleibt eine der Kernaufgaben des BMZ. Das BMZ setzt hierbei einen Schwerpunkt darauf, die Ernährungssysteme zu unterstützen, die die Menschen vor Ort unabhängiger machen. Die **nachhaltige Transformation von Agrar- und Ernährungssystemen** weltweit ist unser Ziel.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hatte und hat fatale Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit. Als schnelle solidarische Reaktion auf die Ernährungskrise hat das BMZ 2022 gemeinsam mit der Weltbank und den G7 das **Bündnis für globale Ernährungssicherheit** (Global Alliance for Food Security) ins Leben gerufen. Dessen Fokus liegt, neben der Koordination der globalen Maßnahmen zur Ernährungssicherung, inzwischen vermehrt auf der Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme der Partnerländer hin zu mehr Nachhaltigkeit. Zu den Unterstützern zählen Regierungen der G7 und G20-Staaten, die Europäische Union und die Afrikanische Union, weitere Regierungen, multilaterale und VN-Organisationen, internationale Initiativen, regionale Entwicklungsbanken sowie Akteure aus Privatsektor und Zivilgesellschaft.

Das **Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen** (WFP) ist für Deutschland ein wichtiger multilateraler Partner bei der Bekämpfung von Hunger weltweit und der Verbesserung der Ernährungsgrundlagen. Das BMZ fördert die Entwicklungsmaßnahmen des WFP, um präventiv zu wirken und langfristig die humanitären Bedarfe vieler von Krisen betroffenen Länder zu senken.

Soziale Sicherheit für alle

Das BMZ hat sein Engagement zur Unterstützung der Partnerländer beim Auf- und Ausbau ihrer sozialen Sicherungssysteme ausgeweitet. Noch immer lebt rund die Hälfte der Menschheit ohne Zugang zu sozialer Sicherung. Sie sind Krisen, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Naturkatastrophen schutzlos ausgeliefert. Deutschland hat sich deshalb 2022 als G7-Präsidentschaft dafür stark gemacht, dass soziale Sicherung im Gipfel-Communiqué verankert wurde: bis 2025 soll die Anzahl der Menschen, die sozial abgesichert sind,

um eine Milliarde erhöht werden. Dieses Ziel unterstützt der „**Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions**“ der Vereinten Nationen. Um diesen mit Leben zu füllen, hat das BMZ eine Allianz mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und der Weltbank auf den Weg gebracht.

Gute Arbeit weltweit

Die **nachhaltige Transformation globaler Lieferketten** ist ein wichtiger Hebel, um die Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen in unseren Partnerländern zu verbessern. Deshalb unterstützt das BMZ die Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, zum Beispiel durch Beratungsangebote an Unternehmen, und die Verhandlungen zu einer entsprechenden EU-Gesetzgebung.

Durch menschenwürdige Arbeit, gerechte Löhne und sichere Arbeitsplätze werden Gesellschaften resilient und Volkswirtschaften gestärkt. Die neue „**BMZ Agenda für Gute Arbeit weltweit**“ bildet die Richtschnur für eine deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die faire Beschäftigung fördert. In Einklang mit der ebenfalls neu aufgestellten **Zusammenarbeit mit der Wirtschaft** startet das BMZ Bildungsinitiativen und etabliert neue Partnerschaften mit Industrie, Privatwirtschaft und Gewerkschaften, um gezielt mehr und bessere Arbeit für alle zu schaffen.

Stärkung von Frauen und Mädchen – Das Leitbild einer feministischen Entwicklungspolitik

Mit der **Strategie Feministische Entwicklungspolitik** wurde im März 2023 ein neues Leitbild für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. Das BMZ wird gemeinsam mit seinen Partnern darauf hinarbeiten, Frauen und Mädchen in ihren Rechten, ihrem Zugang zu Ressourcen und ihrer Repräsentation in politischen Entscheidungsprozessen zu stärken. Bis 2025 wird das BMZ den **Anteil an Projektmitteln für die Geschlechtergleichstellung auf 93% steigern**. Für Umsetzung und Monitoring wird die Strategie durch den Gender-Aktionsplan (GAP) flankiert.

Das BMZ verankert die feministische Entwicklungspolitik auch auf **multilateraler Ebene** und nutzt seine Stimme in den internationalen Gremien und Organisationen gezielt, um die Themen Geschlechtergleichstellung und Abbau von Ungleichheiten auf die Agenda zu setzen. Dafür hat Entwicklungsministerin Svenja Schulze unter anderem ein hochrangiges Frauennetzwerk gegründet, welches Ministerinnen und Leiterinnen von Internationalen Organisationen regelmäßig zusammenbringt.

Internationaler Klimaschutz im Sinne einer Just Transition und Erhalt der Biodiversität

Deutschland hält Kurs bei der Umsetzung seiner Zusagen für die **internationale Klimafinanzierung**. 2022 hat die Bundesregierung über **6 Milliarden Euro** für Klimaschutz und -anpassung in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt und damit die von Bundeskanzler Olaf Scholz für 2025 zugesagte jährliche Zielmarke von 6 Milliarden Euro für Klimafinanzierung erreicht. 86 Prozent der gesamten internationalen Klima-Mittel stammen aus dem BMZ-Haushalt.

Zudem setzte Deutschland ein wichtiges politisches Signal zum **Schutz von Wäldern und anderen gefährdeten Ökosystemen**: Als Beitrag zum neuen Globalen Biodiversitätsrahmen hat Bundeskanzler Scholz angekündigt, dass Deutschland seine internationale Biodiversitätsfinanzierung - als Teil der internationalen Klimafinanzierung - bis 2025 auf mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen wird.

Deutschland unterstützt zudem Schlüsselländer im Globalen Süden, die sich ambitionierte Ziele für den Klimaschutz gesetzt haben, bei der sozial gerechten Gestaltung ihrer Energiewende. Hierzu hat Deutschland, gemeinsam mit weiteren Partnern (USA, EU und EU-Mitgliedsstaaten, Großbritannien, Norwegen und Dänemark), sogenannte „**Just Energy Transition Partnerships**“ (JETP) mit Südafrika, Indonesien, Vietnam

und Senegal vereinbart. Weitere Allianzen, sogenannte bilaterale „**Klima- und Entwicklungspartnerschaften**“, hat Deutschland mit Côte d'Ivoire, Indien, Kenia, Kolumbien, Pakistan, Peru und Ruanda sowie eine regionale Partnerschaft mit den Westbalkanstaaten geschlossen, ebenso die oben genannte Transformationspartnerschaft mit Brasilien und eine trilaterale Klimakooperation zwischen Ägypten, Deutschland und den USA. Wir sorgen dafür, dass die gewerkschaftliche Perspektive und die anderer nichtstaatlicher Akteure stärker als bisher Eingang finden in die Ausgestaltung dieser Partnerschaften. Um lokale Wasserstoffwertschöpfungsketten auf- bzw. auszubauen, hat das BMZ darüber hinaus einen neuen **Fonds für Wasserstoff-Infrastruktur in Ländern des Globalen Südens** eingerichtet.

Deutschland setzt sich für **starkes Klimarisikomanagement** ein sowie für bessere internationale **Unterstützung** bei der **Bewältigung von Klimaschäden und -verlusten**. Die diesjährige Weltklimakonferenz (COP28) begann mit einem - maßgeblich durch das BMZ mitgeformten - Erfolg und einer wichtigen Weichenstellung: Die Vertragsstaaten einigten sich in Dubai auf Regeln für den **neuen Fonds zum Umgang mit Klimaschäden und -verlusten** („Loss and Damage Fund“). Positiv ist dabei insbesondere, dass der Fonds Beiträge von allen Ländern erhalten kann, ohne die früher übliche Zweiteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Erstmals zahlt mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) auch ein bisher nicht zu den traditionellen Gebern gehörendes Land in den Fonds ein. Der **Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken**, den die G7 Staaten unter deutscher Präsidentschaft vor einem Jahr zusammen mit der Gruppe der vulnerablen Staaten (V20) gegründet hatten, gilt als Wegbereiter für den neuen Fonds.

Engagement für Flüchtlinge

110 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, das sind mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Es sind die Länder des Globalen Südens, die drei Viertel der Flüchtlinge weltweit aufnehmen. Das BMZ unterstützt Partnerländer und Aufnahmegemeinden dabei, **nachhaltige und menschenwürdige Strukturen für die Aufnahme von geflüchteten Menschen** zu schaffen und zu verbessern. Zum Beispiel unterstützen wir, dass Menschen auf der Flucht Zugang zu Bildung erhalten und ein eigenes Einkommen erwirtschaften können, um nicht dauerhaft von Hilfsgeldern abhängig zu sein. So ermöglichte das BMZ beispielsweise im Jahr 2022 eine Schulbildung für 150.000 Mädchen und Jungen in Jordanien in Kooperation mit UNICEF. Ein besonderer Fokus unserer Politik liegt auf Frauen in Flucht Kontexten.

Im **politischen Dialog** mit Partnerregierungen setzt sich das BMZ dafür ein, dass Staaten soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte stärker für Flüchtlinge öffnen. Zum Beispiel wurde in Mauretanien in Kooperation mit UNHCR die Ausweitung der staatlichen Sozialhilfeprogramme auf Flüchtlingscamps und Regionen mit einer hohen Zahl an aufgenommenen Flüchtlingen unterstützt. Auf internationaler Ebene setzt sich das BMZ für besseren Schutz und Versorgung von Binnenvertriebenen ein und unterstützt hier den Aktionsplan des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

Immer mehr Menschen müssen vor den Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels fliehen – vor Katastrophen wie Dürren und Fluten oder vor schleichenden Veränderungen wie dem Anstieg des Meeresspiegels. Im Jahr 2022 wurden alleine durch Extremwetterereignisse 32,6 Millionen Menschen innerhalb ihrer Länder vertrieben. Deswegen setzt sich das BMZ zum Beispiel dafür ein, dass der auf der COP28 beschlossene **Finanzierungsmechanismus zu Klimaschäden und -verlusten** („Loss and Damage Fund“) so ausgestaltet wird, dass die Themen Klimaflucht und -mobilität berücksichtigt werden.

Migration entwicklungspolitisch gestalten

Deutschland hat einen massiven Bedarf an Fach- und Arbeitskräftezuwanderung. Das BMZ unterstützt eine **moderne Einwanderungspolitik**, die Fach- und Arbeitskräften aus den Partnerländern geregelten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht. Viele Länder im Globalen Süden haben wegen ihrer jungen Bevölkerung ein konkretes Interesse an dieser Fachkräfte-Migration. Ein Beispiel für diesen Ansatz ist die Initiative für „**Zentren für Migration und Entwicklung**“ (ZME), die das BMZ gemeinsam mit den Partnerregierungen in Ghana, Tunesien, Marokko, Ägypten, Irak, Pakistan, Nigeria, Jordanien und Indonesien etabliert. Dort werden Menschen zu Fragen von Arbeitsmigration beraten und in Qualifizierungsangebote vermittelt. Die Zentren sensibilisieren auch für Risiken irregulärer Migration und unterstützen Rückkehrende bei der Reintegration. Mit den Zentren bietet das BMZ zudem eine praxistaugliche Initiative an, um die geplanten Migrationsabkommen der Bundesregierung zu unterstützen. Das BMZ setzt sich dafür ein, dass die Migration von Fachkräften aus Partnerländern nicht zum Entwicklungshemmnis wird („brain drain“). Das gilt insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitssektor.

Globale Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung

Als Teil der globalen Antwort auf die Covid-19-Pandemie hat sich das BMZ für die Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur eingesetzt und sich maßgeblich an der Finanzierung des „**Access to Covid-19 Tools Accelerator**“ (ACT-A) sowie des **Globalen Fonds für Aids, Tuberkulose und Malaria** (GFATM) beteiligt. Deutschland ist Gründungsmitglied des 2022 gegründeten **Pandemiefonds**.

Um das Ziel der Afrikanischen Union zu unterstützen, bis 2040 60 Prozent der auf dem Kontinent verarbeiteten Impfstoffe in Afrika zu produzieren, fördert die Bundesregierung den **Aufbau der Impfstoff- und Pharmaproduktion auf dem afrikanischen Kontinent**. Ein Erfolg dieser Bemühungen ist der Bau einer eigenen Produktionsstätte für mRNA-Impfstoffe in Ruanda, die im Dezember 2023 eröffnet werden soll.

In der deutschen G7-Präsidentschaft setzte sich das BMZ erfolgreich für ein Bekenntnis der G-7 Staaten zur "Muskoka-Initiative" für **Mutter-, Kinder- und Jugendgesundheit** ein. Bundesministerin Svenja Schulze ist außerdem Mit-Gastgeberin der Kampagne „Deliver the Future“ der Global Financing Facility (GFF). Diese rückt die Gesundheit und die Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen in einigen der ärmsten Länder der Welt in den Mittelpunkt. Seit September 2022 ist Bundesministerin Svenja Schulze außerdem Botschafterin („Champion“) der international anerkannten Advocacy-Bewegung „**SheDecides**“, die sich für die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen einsetzt.

Digitalisierung in der Entwicklungspolitik

Das BMZ hat die eigene Digitalpolitik strategisch neu ausgerichtet und das **Netzwerk „Digitale Transformation der Entwicklungszusammenarbeit“** gestartet. Das Netzwerk ist ein „one-stop shop“ für alles Digitale in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Das BMZ hat mit dem Netzwerk den Grundstein für eine noch engere Zusammenarbeit mit der Digitalwirtschaft gelegt. Die Förderung digitaler öffentlicher Güter und Infrastruktur, fairer Regulierung der Digitalwirtschaft sowie digitaler Kompetenzen ist ein zentraler Eckpfeiler der neuen BMZ-Digitalpolitik.
